



JAHRESBERICHT 2024

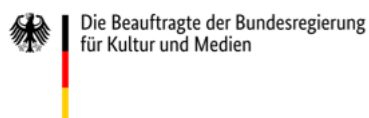


UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.



5	Einleitung
6	Unser Selbstverständnis
7	Beratungsprojekte der UOKG
	Die UOKG in der Öffentlichkeit
8	UOKG-Kongress „Solidarität von drüben“
10	Teilnahme an der Geschichtsmesse Suhl 2024
12	Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Erkner
13	„60 Jahre Bausoldaten: Zeugnis – Zivilcourage – Diskriminierung“
15	„Frauen in Haft“ in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
16	Halle-Forum 2024
18	Protestaktion vor der ALDI-Zentrale in Essen
20	Verbandszeitschrift „der stacheldraht“
21	Der UOKG Newsletter
22	Der Wochenrückblick
23	Die Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“
	Die UOKG im politischen Raum
24	Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze
26	Dialogforum politische Opfer der DDR-Diktatur
27	Gespräche im Deutschen Bundestag
28	Beiräte, Weitere Gespräche und Gesprächsrunden
29	Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit
30	Fachinformationen für die Öffentlichkeit
31	Präsentation der Forschungsergebnisse der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“
34	Vortrag an der Technischen Universität Cottbus
35	Lehrerfortbildung in Stavanger (Norwegen)
	Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden
36	UOKG-Verbandstreffen
37	UOKG-Mitgliederversammlungen
38	Gemeinsames Gedenken
40	Massengrab des NKWD-Lagers in Tost/Oberschlesien 1945
42	Die Struktur der UOKG
43	Mitgliedsverbände der UOKG, Assoziierte
44	Der Vorstand
45	Die Geschäftsstelle
46	Die Beratungsstelle
47	Die Regionalbeauftragten, Die UOKG im Internet
48	Impressum, Spendenkonto, Fördergeber

Die UOKG wird gefördert durch:





Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2024 war ein Jahr, in dem die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze auf der politischen Agenda stand, aber auch ein Jahr mit vielen Veranstaltungen rund um das 35. Jubiläum des Mauerfalls. Damit ist sicherlich auch das Thema SED-Unrecht noch einmal besonders in den öffentlichen Fokus gerückt.

Die UOKG konnte mit ihren Kooperationspartnern Ende April die vielbeachtete Präsentation der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ in der Humboldt-Universität zu Berlin abhalten. Die Veranstaltung verdeutlichte einerseits, wie sehr die ehemaligen politischen Häftlinge unter den gesundheitlichen Folgen der DDR-Zwangsarbeit leiden und andererseits, dass die Rekonstruktion von vollständigen Lieferketten für DDR-Exportprodukte, die mit Haftzwangsarbeit hergestellt wurden, möglich ist.

Ab Mitte Mai 2024 nahm der vorgelegte Referentenentwurf des Bundesministeriums für Justiz für ein Sechstes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch.

Selbst nach Einreichen der Stellungnahme der UOKG und vieler anderer wurde der Referentenentwurf in seiner vorliegenden Fassung Mitte August 2024 vom Kabinett als Gesetzesvorlage beschlossen. Die angeblichen Verbesserungen waren enttäuschend. Somit galt es die Kräfte zu bündeln, um im parlamentarischen Verfahren noch einige Verbesserungen einbringen zu können.

Bei langjährigen Forderungen der UOKG konnten 2024 gleich zwei Erfolge vermeldet werden. Bei dem Thema Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft, für das sich die UOKG seit über 15 Jahren mit Nachdruck einsetzt, ist man einen großen Schritt weitergekommen. Anfang Oktober 2024 konnte der künftige Standort des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland im Spreebogenpark abschließend festgelegt werden.

Beim Thema Zwangsarbeit gab das schwedische Unternehmen IKEA Ende Oktober 2024 bekannt, dass es den bundesweiten Härtefallfonds mit 6 Millionen unterstützen wird.

Besonders freue ich mich, dass aus der „sozialen Zuwendung“, der sogenannten SED-Opferrente nunmehr eine echte „Ehrentension“ in Höhe von 400 € unabhängig vom Einkommen geworden ist, die jedes Jahr mit der Rente erhöht wird.

Im Namen des gesamten Vorstands möchte ich mich ganz besonders bei unseren Mitgliedern, Förderern, Unterstützern und Mitarbeitern bedanken, die uns bei der Realisierung all unserer Vorhaben und Aufgaben zur Seite standen und weiterhin stehen.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Dieter Dombrowski

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) ist der Dachverband für mehr als dreißig Vereine und Initiativen der kommunistisch Verfolgten im Westen und im Osten Deutschlands.

Die UOKG wurde 1991 gegründet und hat ihren Sitz im Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin-Lichtenberg. Sie ist Mitglied der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener (Inter-Asso) und Opfer des Kommunismus und der Platform of European Memory and Conscience (PEMC).

Zu den Mitgliedern der UOKG gehören die Lagergemeinschaften der Speziallager, der Bund der Vertriebenen, Zusammenschlüsse politischer Gefangener im sowjetischen Gulag, politischer Häftlinge der SED-Diktatur, Zwangsausgesiedelter und Enteigneter, verfolgter Schüler, ehemaliger Heimkinder, sowie Menschenrechtsorganisationen.

Die UOKG vertritt die Interessen der Opfer und ihrer Verbände gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Mit ihren Beratungsstellen setzt sie sich für die Anerkennung aller Opfer und deren Entschädigung im Rechtsstaat ein. Mittels Initiativen für Mahnmale, der tatkräftigen Unterstützung bei Gedenkveranstaltungen, der Initiierung von wissenschaftlicher Forschung und der Publikation von Informations- und Bildungsinhalten in Print- und Online-Medien halten wir die Erinnerung an die Leiden der Opfer in der SED-Diktatur wach.



Der „Mielke-Blick“: Das Foto zeigt den Blick vom Haus 1 der ehemaligen Stasizentrale, dem Dienstsitz von Erich Mielke, das heute Museum und Ort der Aufarbeitung ist. Foto: UOKG 2024

Seit 2007 bietet die UOKG eine juristische und eine soziale Beratungsstelle für Menschen an, die in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR politisch verfolgt und Opfer rechtsstaatswidriger Maßnahmen wurden.

Die juristische Beratungsstelle unterstützt Betroffene und Opfer der SED-Diktatur in Rehabilitierungsangelegenheiten und bei daraus resultierenden Folgeansprüchen. Menschen, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert oder aus sachfremden Gründen in ein Heim oder die Psychiatrie eingewiesen wurden, können eine strafrechtliche Rehabilitierung beantragen.

Die Beratungsstelle schätzt die Erfolgsaussichten eines (wiederholten) Rehabilitierungsantrages ein und unterstützt bei der gerichtlichen Korrespondenz, insbesondere beim Verfassen von Stellungnahmen und Beschwerdeschriften. Beraten wird zudem in Hinblick auf die sogenannte Opferrente, die Kapitalentschädigung und im sozialen Entschädigungsrecht. Die juristische Beratungsstelle unterstützt und berät ferner hinsichtlich verwaltungsrechtlicher und beruflicher Rehabilitierungsfragen.

Anders als im Zivilrecht gibt es in Rehabilitierungsverfahren nicht den sogenannten Beibringungsgrundsatz, das heißt, Gericht und Behörde müssen grundsätzlich von sich aus den Sachverhalt ermitteln („von Amts wegen“) und rechtlich einordnen. Daher sollte juristische Unterstützung für Betroffene nicht unbedingt erforderlich sein und aus diesem Grund besteht auch kein Anwaltszwang vor dem Land- bzw. Oberlandesgericht. In vielen Fällen hat sich jedoch gezeigt, dass rechtliche Unterstützung für einen Rehabilitierungserfolg mit entscheidend sein kann.

Die soziale Beratung fungiert als Lebenshilfe für Betroffene von SED-Unrecht. So kann die soziale Beratungsstelle bei Problemen aller Art wie der Auseinandersetzung mit Sozialämtern oder Krankenkassen helfen.

Zudem verfügt die UOKG über eine Beratungsstelle speziell für Betroffene von Zwangsadoptionen. Wie bei der juristischen und sozialen Beratung ist auch hier die Unterstützung breit gefächert.

Die Beratung ist für jeden kostenlos. Die Beratungsstelle der UOKG wird gefördert vom Beauftragten der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin und ist per Telefon und unter [\[www.uokg.de/beratungsteam\]](http://www.uokg.de/beratungsteam) erreichbar.

Die UOKG in der Öffentlichkeit

UOKG-Kongress „Solidarität von drüben“

Nach 35 Jahren war es an der Zeit, einmal ein „Dankeschön“ an diejenigen Menschen im Westen zu sagen, die den Bürgerrechtlern in der DDR geholfen haben, ihre meist illegale, auf jeden Fall aber gefährliche Arbeit zu bewältigen. Anders als täglich im „Neuen Deutschland“ nachzulesen war, betätigten sich auf diesem Feld nicht die „revanchistischen Politiker“ der „imperialistischen BRD“ (die redeten lieber mit Erich Honecker), sondern Bürger wie Du und Ich. Zu DDR-Zeiten durfte man natürlich nicht darüber reden, um nicht die schlafenden Hunde des MfS zu wecken.

Nach 1990 geriet die Sache in Vergessenheit – zu Unrecht. Die UOKG hatte Ende April 2024 in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann-Gesellschaft zum Kongress „Solidarität von drüben“ in die Sächsische Landesvertretung eingeladen, um sich exemplarisch bei einigen Helfern und Helferinnen zu bedanken. Gekommen waren: Karl Hafen von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Brigitte Gehrke und Andreas Will von der Westberliner Unterstützerguppe der Umweltbibliothek, Ralf Hirsch als Nachrichtenübermittler über Mauer und Grenze hinweg, Frank Holzkamp und – als spontane Zeitzeugin – Ilona Marenbach als Sprecherin von Radio Glasnost sowie Burkart Veigel, der mehr als 800 Menschen in den Westen schmuggelte.



V.l.n.r: Ilona Marenbach (Sprecherin Radio Glasnost), Moderatorin: Isabel Fannrich (Deutschlandfunk), Referentin: Rebecca Hernandez Garcia (Havemann-Gesellschaft), Zeitzeuge: Frank Holzkamp (Redakteur Radio Glasnost), Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

UOKG-Kongress „Solidarität von drüben“

Das Dankeschön-Treffen geriet an vielen Stellen zum Erinnerungs-Treffen, wenn es aus dem Publikum tönte: „Da war ich dabei!“

Zusammenfassen kann man den Tag mit den Worten des Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Berlin a. D. Tom Sello:

„Es waren nur wenige Westdeutsche, die uns geholfen haben. Aber unter denen war ein unglaubliches Engagement. Politisch kamen sie von konservativ über die Mitte bis links. Das spielte keine Rolle.“

Auf der Webseite sowie dem YouTube-Kanal der UOKG gibt es einen ausführlichen Video-Mitschnitt des Kongresses:

[www.uokg.de/videos/kongress-solidaritaet-von-drueben]

[www.youtube.com/@uokgnews/playlists]



V.l.n.r: Tom Sello, Isabel Fannrich (Deutschlandfunk), Brigitte Gehrke und Andreas Will, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Teilnahme an der Geschichtsmesse Suhl 2024

Die UOKG hat durch ihren Bundesvorsitzenden, ihren Vorstand, ihre Regionalbeauftragten und auch ihre Mitarbeiter 2024 an diversen Veranstaltungen teilgenommen.

So besuchten Sandra Czech, Alesch Mühlbauer und Peter Keup vom 29. Februar bis zum 2. März 2024 die 16. Geschichtsmesse in Suhl und stellten dort die Arbeit der UOKG sowie das neue Webportal zur DDR-Zwangsarbeit [www.zwangsarbeit-ddr.de] vor.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lädt jedes Jahr Vertreterinnen und Vertreter aus staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft, sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Lehrerinnen und Lehrer ins Ringberghotel Suhl ein, um an drei Tagen über ein Schwerpunktthema der deutsch-deutschen Geschichte zu diskutieren.

Dieses Jahr wurde der Fokus auf die europäische Dimension der Diktaturaufarbeitung gelegt. Unter dem Titel „Ein weites Feld. Neue Perspektiven auf die Aufarbeitung von Diktaturen in Deutschland und Europa“ diskutierten auf insgesamt fünf Podien deutsche und internationale Gäste aus den Bereichen Politik, Geschichtswissenschaft, Journalismus und Zivilgesellschaft über den Stand der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen auf unserem Kontinent. Dabei stand zum einen die Frage im Raum, wie neue Generationen ohne Diktaturerfahrung die Aufarbeitung prägen und verändern. Zum anderen sollte auf den Podien der Frage nachgegangen werden, wie eine moderne, integrative Erinnerungskultur aussehen kann und welchen Einfluss Digitalisierung und



Sandra Czech und Alesch Mühlbauer in Suhl, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Teilnahme an der Geschichtsmesse Suhl 2024

Globalisierung auf die Arbeit der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit haben. Das Abendprogramm der Geschichtsmesse stand ganz im Zeichen der kulturellen Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrungen und deutsch-deutscher Geschichte.

Am Donnerstag trafen die frühere Leistungssportlerin und Professorin für Literaturwissenschaft Ines Geipel („Umkämpfte Zone: Mein Bruder, der Osten und der Hass“) und der Rapper und Autor Hendrik Bolz alias Testo („Nullerjahre“) in einer Lesung aufeinander. Die im Stil und Erzähltempo so unterschiedlichen Werke entfalteten dabei in der Gegenüberstellung eine ganz eigene Wirkung und ergänzten das Tagesprogramm um eine persönliche und nachdenkliche Note.

Am Freitag nahmen Bibiana Malay und Grit Díaz de Arce das Publikum auf eine dokumentarisch-musikalische Reise ins Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre mit. In einer szenischen Lesung aus Tagebucheinträgen, Fotografien, Briefen, Stasi-Akten und Musik gewährten sie dem Publikum einen Einblick in ihre Kindheit als nicht-weiße Deutsche in der DDR.

Neben den Podiumsdiskussionen und dem abendlichen Kulturprogramm gehören vor allem die Projektpräsentationen zum festen Bestandteil der Geschichtsmesse. Die teilnehmenden Institutionen erhalten jeweils eine halbe Stunde Zeit, um eines ihrer laufenden Projekte zu präsentieren und sich den Fragen des Publikums zu stellen. Dies können Bildungsprojekte sein, wissenschaftliche Vorhaben, Ausstellungen oder digitale Angebote der politisch-historischen Arbeit.

Das Team der UOKG stellte das neue „Webportal DDR-Zwangsarbeit“ vor, das vor kurzem online gestellt worden war. Das Portal beinhaltet eine interaktive Karte mit Strafvollzugseinrichtungen, Durchgangsheimen und Jugendwerkhöfen, an denen die Insassen Zwangsarbeit leisten mussten. Außerdem hält die Webseite zehn Video-Interviews mit Zeitzeugen sowie historisches Bildmaterial und Hintergrundinformationen zum Thema DDR-Zwangsarbeit bereit. Für die Videos konnte die UOKG unter anderem Zeitzeugen wie Anne Hahn, Alexander Müller, Birgit Schlicke und Thomas Drescher gewinnen. Die hinterlegten Bildungsmaterialien ermöglichen Schulen, das Thema in den Geschichtsunterricht zu integrieren.

Bei der Präsentation gab die Mitarbeiterin Sandra Czech den Anwesenden einen Einblick in die Arbeit der UOKG und ordnete das Webportal in die Bemühungen des Vereins ein, das Thema Zwangsarbeit stärker ins öffentliche Blickfeld zu bringen und damit mehr Anerkennung für die Betroffenen zu erreichen. Bildungsreferent und Projektleiter Alesch Mühlbauer stellte anschließend die einzelnen Punkte des Portals vor und gab Einblicke in die Entstehungsgeschichte des im Rahmen vom Bundesprogramm „Jugend erinnert“ geförderten Projektes.

Es bleibt die Erkenntnis, dass die DDR-Aufarbeitung viele neue Impulse erhält, die Grenzen der nationalen Aufarbeitung zu überschreiten, die eigene Arbeit zu reflektieren und neue Perspektiven zuzulassen. Die Geschichtsmesse bot für diesen Prozess eine gelungene Bühne.

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Erkner

Vom 24. bis 26. Mai 2024 nahm die UOKG und zahlreiche ihrer Mitglieder am Bundeskongress der Landesbeauftragten, der Bundesstiftung und der SED-Opferbeauftragten teil.

Die UOKG gab dabei Auskunft über vergangene und laufende Projekte und Bemühungen an ihrem Informationsstand.

Interessierte konnten die Publikationen der UOKG kostenfrei erhalten. Zusätzlich trug unser Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski über unsere aktuellen Aktivitäten im Rahmen des Programmpunktes „Berichte aus den Verbänden“ vor.



Dieter Dombrowski beim Bundeskongress in Erkner, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

60 Jahre Bausoldaten: Zeugnis – Zivilcourage – Diskriminierung

Zum 60. Jahrestag der „Bausoldatenregelung“ am 7. September 1964 fand Anfang September 2024 im Zinzendorfhaus, Neudietendorf bei Erfurt eine Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen statt. Unser wissenschaftlicher Berater Dr. Christian Sachse informierte zum Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und -folgen sowie über finanzielle, rechtliche und psychosoziale Hilfestellungen für Bausoldaten und deren Partnerinnen.

„Pazifisten in Uniform“ – so wurden die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee der DDR mit unüberhörbar ironischem Unterton genannt. In ihrem Herzen waren sie Wehr- und Kriegsdienstverweigerer, in der Praxis waren sie Soldaten einer Armee, die sich im Kalten Krieg an hochaggressiven Feindbildern ergötzte.

Das „Angebot“ der SED-Führung an die Wehr- und Kriegsdienstgegner kann man nur als Demütigung bezeichnen: Bausoldaten waren der Militärgerichtsbarkeit unterworfen, sie waren in das militärische Reglement eingebunden, hatten eine militärische Ausbildung zu absolvieren und waren (meist) in militärischen Einrichtungen beschäftigt. Das einzige essenzielle „Zugeständnis“ an ihre antimilitaristische Gesinnung bestand darin, dass den Bausoldaten die direkte Ausbildung an der Waffe erspart wurde.

Der SED-Staat sah in den 15.000 Bausoldaten, die zwischen 1964 und 1990 eingezogen wurden, eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“, d. h. man machte sich selbst zum Vorwurf, den staatsfeindlichen Pazifisten eine „Plattform“ geboten zu haben. Tatsächlich wurden die Bausoldaten über ihre



Im Gespräch in Neudietendorf, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

60 Jahre Bausoldaten: Zeugnis – Zivilcourage – Diskriminierung

eigentliche Dienstzeit hinaus zu einer stabilen Säule gegen die Diktatur. Ohne als homogene Gruppe fassbar zu sein, gehören sie immer wieder zu den engagiertesten Akteuren gegen die Militarisierung der DDR, den Befürwortern von „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Sozialem Friedensdienst“ (SoFd), später der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung sowie den politisch aktivsten Pfarrern z. B. im Arbeitskreis Solidarische Kirche.

Der SED-Staat betrachtete die Bausoldaten nicht nur als Staatsfeinde, er behandelte sie auch als solche. Bereits mit der Musterung setzten die ersten „Maßnahmen“ ein: Behinderung in der Berufswahl, Verhinderung des Studiums teilweise unter Einbezug der Lebenspartnerin.

Erst seit kurzem bekannt ist die Tatsache, dass Bausoldaten zeitweise unter gleichen Bedingungen in der chemischen Industrie eingesetzt wurden wie politischen Gefangene in der DDR. Bekannt wurde durch die Forschungsarbeiten von Justus Vesting der Einsatz in Buna, Bitterfeld und Leuna. Bausoldaten weisen ähnliche Symptome psychischer und körperlicher Erkrankungen auf wie politische Gefangene der DDR.

Man wird dieses Unrecht nicht beseitigen können. Anders als viele andere sehen auch Bausoldaten oft darin eine Konsequenz ihres christlichen oder menschlichen Handelns, die sie zu tragen bereit sind. Andererseits sind wir, die Gesellschaft, ihnen zu Dank für ihren damaligen Einsatz verpflichtet.

Die Deutsche Härtefall-Stiftung nahm auf Anregung der Opferbeauftragten und der UOKG das Anliegen positiv auf. Sie wisse sich, so teilte sie mit, verantwortlich für die Bausoldaten, die ja Angehörige der NVA gewesen seien. Dies bedeutet, dass jeder Bausoldat bzw. auch Hinterbliebene, der im Umfeld des Dienstes bei der NVA Schäden erlitten hat oder sich in einer akuten Notlage befindet, sich an die Härtefall-Stiftung [www.haertefall-stiftung.de] wenden kann.

Die UOKG in der Öffentlichkeit

„Frauen in Haft“ in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Bei der ganztägigen Veranstaltung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit dem Titel „Frauen in Haft“ am 14. September 2024 war die UOKG nicht nur mit einem Infostand vor Ort, sondern auch unser langjähriges Vorstandsmitglied Konstanze Helber war Teil des Podiums.

Es ging thematisch darum, in Videos und Texten den Alltag und die Erfahrungen von Frauen in Haft und deren Verfolgung durch die Staatssicherheit nachzuzeichnen.

Am Podiumsgespräch nahmen Konstanze Helber (ehemalige Inhaftierte im Frauenzuchthaus Hoheneck), Natallia Hersche (wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration in belarussischer Haft) und Cordelia Dvorák (Autorin und Regisseurin) teil und berichteten über ihre sehr persönlichen Erlebnisse.

Im Rahmen des Thementages wurden Führungen durch die verschiedenen Ausstellungen der Gedenkstätte angeboten. Anschließend gab es ein Open-Air-Konzert mit der deutsch-iranischen Sängerin Maryam.fyi, die sich in ihren Liedern und Texten für Freiheit und Demokratie einsetzt.



Podiumsgespräch in Hohenschönhausen, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Halle-Forum 2024

Auf dem Halle-Forum im September 2024, das unter dem Titel „Der Strafvollzug in der DDR: Alltag und Arbeit hinter Gittern“ stattfand, nutzte die UOKG die Möglichkeit, ihre Aktivitäten zur Zwangsarbeit ausführlich vorzustellen. So gab Sandra Czech zu Beginn einen Abriss über die Bemühungen der UOKG seit 2012 bis heute, der Bildungsreferent der UOKG Alesch Mühlbauer präsentierte Projekt „Webportal Zwangsarbeit“.

Die unter der Adresse [www.zwangsarbeit-ddr.de] verfügbare Webseite stellt einen weiteren Baustein in den Bemühungen der UOKG dar, das Thema Zwangsarbeit in die Öffentlichkeit zu tragen, die Situation der Opfer zu verbessern und junge Menschen zur Beschäftigung mit diesem Kapitel der Zeitgeschichte anzuregen.

Die Seite stellt mit einer scroll- und zoombaren Karte die geografische Dimension von Zwangsarbeit in der DDR dar und legt mit Hilfe von Video-Interviews die persönlichen Erfahrungen von Betroffenen offen. Zudem zeigt das Portal Bilder von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, bietet Informationstexte zum Themenkomplex erzwungene Arbeit an und hält Bildungsmaterialien für Schulen sowie freie Träger bereit.

Insbesondere die Implementierung der interaktiven Karte stellte das Team vor einige Herausforderungen. Die Karte listet alle bekannten Strafvollzugsanstalten, Haftarbeitslager, Durchgangsheime und Jugendwerkhöfe in der DDR auf und hält für die Nutzerinnen und Nutzer zu jedem Eintrag den Zeitraum der Nutzung sowie eine Auswahl an Betrieben bereit, für die jeweils Zwangsarbeit geleistet werden musste.

Als Quelle diente eine Datenbank, die der wissenschaftliche Berater Dr. Christian Sachse in den vergangenen Jahren aufgebaut hat. Leider sind bei vielen

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Halle-Forum 2024

Orten die ursprünglichen Adressen nicht mehr bekannt, sie konnten aber dank mühevoller Detektivarbeit für den Großteil der Einträge recherchiert werden.

Die Mediathek des Webportals verfügt über zehn ausführliche Interviews mit Zeitzeugen, die als politische Gefangene im Strafvollzug oder als unangepasste Jugendliche im Heimsystem der DDR Zwangsarbeit leisten mussten. Die Videos beleuchten die Lebenswege der Interviewten, der Fokus wird auf die Arbeitsprozesse und die Arbeitsbedingungen gelegt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Webportals war die Einbettung von Bildungsmaterialien, mit deren Hilfe Schulen, Gedenkstätten und freie Träger der politisch-historischen Bildung DDR-Zwangsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen behandeln können.

Die Materialien nehmen fünf der auf dem Portal verfügbaren Zeitzeugeninterviews als Grundlage für die Beschäftigung mit dem Thema. Auf der Basis der Materialien beschäftigen sich die Teilnehmenden mit den Themengebieten „Politische Haft“ sowie „Zwangsarbeit“ in der DDR. Sie analysieren die Interviews, zeichnen die Lebenswege der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nach und diskutieren über den Begriff Zwangsarbeit. In Kleingruppen bearbeiten die Jugendlichen Aufgaben und präsentieren die Ergebnisse in einer Abschlussrunde den anderen Gruppen.

Abschließend beantwortete die UOKG noch zahlreiche Fragen aus dem Publikum.

Startseite des Webportals [www.zwangsarbeit-ddr.de]

Interaktive Karte des Webportals [www.zwangsarbeit-ddr.de]

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Protestaktion vor der ALDI-Zentrale in Essen

Am 15. Oktober 2024 protestierten die UOKG-Mitglieder Konstanze Helber, Conny Kurtz und Dieter Dombrowski mit einem Transparent vor der ALDI-Hauptzentrale in Essen. Zum wiederholten Male machten sie auf das Thema Haftzwangsarbeit in DDR-Gefängnissen aufmerksam. Dabei wurden sowohl die anwesenden Medienvertreter über den Stand der Forschung zu den Lieferketten informiert, auch bekamen einige ALDI-Mitarbeiter Flugblätter mit umfangreichen Informationen zur Geschichte ihres Unternehmens in die Hand gedrückt.

Bereits am 18. Juli 2024 waren Dieter Dombrowski und Peter Keup nach Essen gereist, um in der ALDI-Hauptzentrale die im April 2024 in Zusammenarbeit mit der Humboldt Universität vorgestellte Vorstudie zur „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ zu präsentieren und mit Ansprechpartnern in einen Austausch zu kommen.

Es steht fest: ALDI profitierte während der deutschen Teilung maßgeblich von der Haftzwangsarbeit im Frauengefängnis. Die Vorstudie weist nicht nur auf die menschenunwürdigen Bedingungen hin, sie legt auch eine geschlossene Lieferkette dar.

So konnte anhand des Schriftverkehrs, Lieferscheinen und zeugenschaftlichen Aussagen nachgewiesen werden, dass ALDI seinerzeit Kenntnis von der Haftarbeit haben musste. Dezierte Nachforschungen, wer unter welchen Bedingungen die Strumpfhosen der Marke „Sayonara“ für ALDI Süd bzw. „Iris“ für ALDI Nord produzierte, betrieb der Konzern offensichtlich nicht.



Mitglieder der UOKG vor der ALDI Zentrale in Essen, Foto: UOKG 2024

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Protestaktion vor der ALDI-Zentrale in Essen

Es muss konstatiert werden, dass ALDI weder an den neuesten Erkenntnissen wissenschaftlicher Forschung interessiert ist, noch auf die politischen Häftlinge und Betroffenen von Haftzwangsarbeit in Hoheneck zugehen will. Das stellt eine eklatante Diskrepanz zum propagierten Firmencredo von Fairness und Nachhaltigkeit dar.

Die UOKG als Opfervertretung sieht sich somit in der Pflicht, den ALDI-Konzern an seinen hehren Zielen zu messen und zu einem längst überfälligen Herantreten an die Opfer zu bewegen.

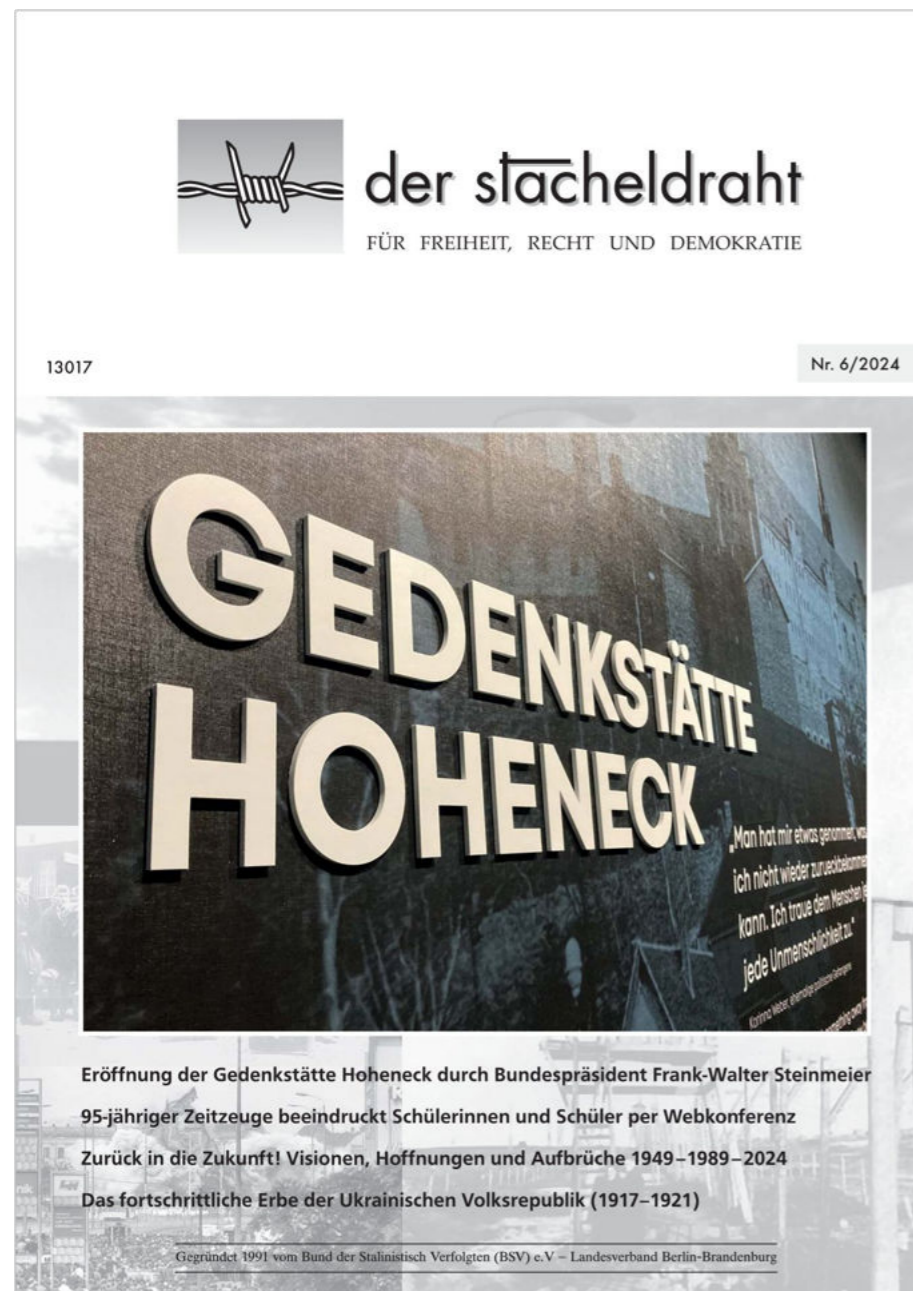


Mitglieder der UOKG vor einem ALDI Supermarkt in Essen, Foto: UOKG 2024

Die Informationszeitschrift „der stacheldraht“ richtet sich vornehmlich an Betroffene von kommunistischer Gewaltherrschaft, aber auch an Lehrende, Studierende, Politiker, Institutionen und andere an der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur interessierte Menschen. Durch die Publikation können News über die relevanten Themen zeitnah und umfassend veröffentlicht werden.

„der stacheldraht“ erscheint jährlich mit neun Ausgaben und kann als Printausgabe sowie als PDF abonniert werden, aber auch einzelne Exemplare sind erhältlich. Das Online-Archiv der Zeitschrift umfasst die Ausgaben seit 2009 und kann kostenlos eingesehen werden.

Mehr Informationen unter [www.uokg.de/stacheldraht]



der stacheldraht
FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017 Nr. 6/2024

GEDENKSTÄTTE HOHENECK

„Man hat mir etwas genommen, was ich nicht wieder zurückbekommen kann. Ich trauere dem Menschen, jede Unmenschlichkeit zu.“

Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
95-jähriger Zeitzeuge beeindruckt Schülerinnen und Schüler per Webkonferenz
Zurück in die Zukunft! Visionen, Hoffnungen und Aufbrüche 1949–1989–2024
Das fortschrittliche Erbe der Ukrainischen Volksrepublik (1917–1921)

Gegründet 1991 vom Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV) e.V. – Landesverband Berlin-Brandenburg

Zweimal im Jahr stellt die UOKG stellt ihren Mitgliedern und allen anderen Interessierten – in der Regel zu den Verbändetreffen der UOKG – einen Newsletter zur Verfügung.

Der Newsletter fasst in einem Überblick die Arbeitserfolge und Geschehnisse des jeweils vergangenen Halbjahres sowie die Vorhaben der UOKG und ihrer Mitgliedsverbände informativ zusammen und ist als Printmedium sowie auch als PDF erhältlich.

Kostenloser Download unter [www.uokg.de/publikationen/newsletter]



UOKG
UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

NEWSLETTER 2 / 2024

Zur Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck

Am 11. Juli 2024 fand am Ort des bekanntesten Frauengefängnisses der ehemaligen DDR auf Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge die feierliche Eröffnung der Gedenkstätte in Anwesenheit des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier statt.

Nach einer Kranzniederlegung am Gedenkstein wurde der Bundespräsident von ehemaligen politisch-inhaftierten Frauen durch das Zellenhaus im Südfügel geführt. Die Rede des Bundespräsidenten während der Feierstunde zeigte, wie tief das Schicksal dieser zahlreichen Unschuldigen ihn bewegte.

Ein Großteil der Gäste waren Frauen, die aus politischen Gründen zu DDR-Zeiten in Hoheneck inhaftiert waren. Für sie war es ein sehr emotionaler Besuch. Die Wiederkehr an den Ort, an dem ihnen Unmenschliches widerfuhr, belastete nicht wenige. Aber sie trafen auch Haften

kameradinnen nach Jahrzehnten wieder, und ergänzten ihre eigenen Erinnerungen mithilfe der Geschichten anderer.

So traten viele der betroffenen Frauen den Heimweg ein wenig aufgewühlt, aber vor allem zufriedener an, weil es nun endlich eine Gedenkstätte an diesem Repressionsort gibt, die ihr zu Unrecht erfahrenes persönliches Leid in den vielen verlorenen Jahren widerspiegelt.

Doch jede Medaille hat ihre zwei Seiten. Die Freude über die Eröffnung, den gut aufgeräumten und rekonstruierten Innenhof – wir erinnern, nur Wochen vorher sah es noch aus wie auf einer Baustelle – wurde schnell getrübt. Auf diesem Innenhof fand trotz zahlreicher Proteste Ende August eine Veranstaltung mit Peter Hahne unter dem Motto „Wahrheit, Freiheit, Frieden“ statt – sie wurde als Frei-

weiter auf Seite 2

Bewegte Zeiten

Liebe Leserinnen und Leser des Newsletters: Die Weltpolitik hält uns alle in Atem, aber die Interessen der Opfer von SED und Kommunismus bedürfen auch der Aufmerksamkeit der Politik.

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für die Rehabilitierungsgesetze vorgelegt, der völlig unzureichend ist. Selbst der Bundesrat hat in einem Beschluss die Bundesregierung aufgefordert, unbedingt nachzubessern. Als UOKG sind wir seit Wochen dabei, Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich bin optimistisch, dass sich der Gesetzentwurf im Interesse der Opfer von SED und Kommunismus noch deutlich verbessern wird.

In diesem Newsletter bekommen Sie einen Einblick über unsere Arbeit in den letzten Wochen und Monaten. Dies ist nur ein Ausschnitt unserer gemeinsamen Bemühungen, ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber insbesondere den Mitgliedern in den Mitgliedsverbänden der UOKG, die alle eine unverzichtbare Arbeit leisten. Wenn Sie Anregungen haben für unsere Arbeit, wissen Sie wo sie uns erreichen. Alles Gute für Sie und beste Grüße, Ihr Dieter Dombrowski!

Der Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus in Hoheneck

Die UOKG in der Öffentlichkeit

Der Wochenrückblick

Der Wochenrückblick der UOKG erscheint alle zwei Wochen in Form einer E-Mail und als PDF. Er beinhaltet Hinweise zu Zeitungsartikeln, neuen Gesetzen bzw. Initiativen in Bezug auf Opferentschädigungen, Pressemitteilungen der Mitgliederverbände oder anderer Institutionen, die sich mit dem Thema Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland und Ostmitteleuropa beschäftigen.

Außerdem informiert der Wochenrückblick über die aktuellen Ausstellungen, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen zu den genannten Themen.

Auf diesem Wege trägt der Wochenrückblick zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei und versucht der Ostalgie, welche in den letzten Jahren zugenommen hat, entgegenzuwirken.

Rubriken des UOKG-Wochenrückblicks:

- VORAB
- VERANSTALTUNGSHINWEISE
- INSTITUTIONEN UND POLITIK
- AUS DEN VERBÄNDEN
- REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG
- FORSCHUNG
- ZEITGESCHICHTLICHE THEMEN
- PUBLIKATIONEN
- IN MEMORIAM
- SONSTIGES
- ZUGUTERLETZT
- DAS ZIELFÜHRENDE ZITAT

Mehr Informationen unter [www.uokg.de/wochenrueckblick]



Die UOKG in der Öffentlichkeit

Die Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Die Repressionen in SBZ und DDR zwischen 1945 und 1990 waren vielseitig. Zu Leidtragenden wurden meist junge Menschen, die wegen ihrer Einstellung oder Lebensweise in Konflikt mit dem Staat gerieten. Die Ausstellung gibt ihnen ein Gesicht.

Sie erzählt von den Schicksalen deportierter Frauen und Mädchen, von Internierten in deutschen und osteuropäischen „Speziallagern“, von politischen Häftlingen in DDR-Zuchthäusern, von an der innerdeutschen Grenze Zwangsausgesiedelten und von den durch die DDR-Staatssicherheit Verfolgten und Inhaftierten.

Die Ausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“ kann als Banner-Ausstellung ausgeliehen oder als Plakat-Ausstellung erworben werden. Die 17 Tafeln enthalten mehr als 50 Fotografien und Exponate. Die Ausstellung richtet sich vor allem an Schulen sowie Bildungseinrichtungen, steht darüber hinaus aber auch anderen öffentlichen Einrichtungen, Stiftungen, Parteien, Vereinen etc. zur Verfügung.

Langjähriger Begleiter der Wanderausstellung ist der UOKG-Wanderausstellungsbeauftragte Alexander v. Bauersfeld. Grundsätzlich wird die UOKG-Wanderausstellung im Jahr vier- bis fünfmal verliehen.

Im Jahr 2024 wurde sie an folgenden Einrichtungen gezeigt: Leibniz-Gymnasium Potsdam, Gymnasium Garbsen, Evangelisches Gymnasium Treffurt, Bundesarchiv Erfurt und Katholische Marienschule Potsdam. Somit haben mehr als 300 Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer die Ausstellung gesehen.

Die Herstellung der Ausstellung wurde gefördert durch die Bundesstiftung für Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Präsentation der Ausstellung im Jahr 2019 wurde finanziert mit Zuwendungsmitteln der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sowie UOKG-Spendenmitteln.

Mehr Informationen zu Inhalten und Buchung der Ausstellung gibt es auf unserer Webseite unter [www.uokg.de/projekte/wanderausstellung]



Die UOKG im politischen Raum

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

Rechtsausschuss

Die Unzulänglichkeiten des vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) vorgelegten Referentenentwurf waren eklatant. Daraufhin hat die UOKG als Dachverband – ebenso wie viele unserer Mitglieder – ihre Stellungnahme fristgerecht an das BMJ gesendet und nicht einmal eine Eingangsbestätigung erhalten.

Am 14. August 2024 ging der Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf ins Umlaufverfahren. Der Gesetzentwurf konnte in der Bundestagsdrucksache 20/12789 nachgelesen werden.

Sofort nahm unser Bundesvorsitzender dazu Stellung: „Der Gesetzentwurf in der jetzt vorliegenden Fassung ist ein Hohn zu Lasten der SED-Opfer“. Inhaltlich ist der Gesetzentwurf nicht relevant verändert worden. Die Stellungnahmen der Länder, der Opferverbände u. a. wurden hier offensichtlich nicht berücksichtigt.

Nach dem erfolgten Kabinettsbeschluss hatten die Länder erneut die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung abzugeben (Bundesratsdrucksache 390/24) und nutzten diese. Erfreulicherweise folgte der Bundesrat in seinen Empfehlungen (Bundesratsdrucksache 390/1/24) in weiten Teilen den Stellungnahmen der UOKG, u. a.: Wegfall der Bedürftigkeitsgrenze bei der Opferrente und der Dynamisierung eine Erhöhung voranstellen, Aufnahme der Doping-Opfer, Erleichterungen bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden, Erhöhung der Einmalzahlung für Zwangsausgesiedelte und Wegfall der Ausschlussgründe, Absenkung der Verfolgungszeit für beruflich Verfolgte von drei Jahren auf ein Jahr und die gesetzliche Klarstellung des Zweitantragsrechts.

Die Forderungen der UOKG gingen in einigen Punkten weiter. So forderten wir darüber hinaus: die Einführung der Opferrente für hinterbliebene Ehegattinnen und Ehegatten, eine Entschädigungssumme von konkret 10.500 Euro für die Zwangsausgesiedelten, die Aufhebung des räumlichen Anwendungsbereiches für Zersetzung, die Aufhebung und nicht nur die Absenkung der Verfolgungszeiten für beruflich Verfolgte und zusätzlich die Lösung des Fremdrentenproblems für ehemalige DDR-Flüchtlinge und Übersiedler.

Der Gesetzentwurf ging nun ins parlamentarische Verfahren und die UOKG brachte sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein. Seit Beendigung der parlamentarischen Sommerpause bat unser Bundesvorsitzender Dombrowski bei den zuständigen Abgeordneten, aber auch darüber hinaus, meist erfolgreich um einen Gesprächsaustausch bzgl. des Kabinettsbeschluss zum Gesetzentwurf SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Als Interessenvertretung für die Opfer des SBZ/SED-Diktatur waren viele der von uns geforderten und erhofften Verbesserungen nicht enthalten, sodass wir uns weiterhin bemühten, den Sachverhalt im Sinne der SED-Opfer voranzubringen.

Nach einer 1. Lesung am 26. September 2024 im Bundestag wurde der Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss überwiesen. Die dazugehörige Anhörung fand am 6. November 2024 statt. Zu dieser war neben unserem Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski ebenso unsere stellv. Vorsitzende Carla Ottmann als Sachverständige geladen. Die Anhörung war für die Beteiligten von Seiten

Die UOKG im politischen Raum

Die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

der Opferverbände ein nervenaufreibender Prozess, der sich aber gelohnt hat, weil die Abgeordneten somit einen viel besseren Einblick in die Materie gewinnen konnten. Die Anhörung ist als Aufzeichnung in der Mediathek des Deutschen Bundestages zu finden [www.tinyurl.com/uokg241106].

Kulturausschuss

Der Ausschuss für Kultur und Medien unter dem Vorsitz von Katrin Budde ist immer ein guter Ansprechpartner für die UOKG. In seiner 67. Sitzung im November 2024 veranstaltete er eine öffentliche Sitzung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines sechsten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ (BT-Drs. 20/12789). Unser Bundesvorsitzender Dieter Dombrowski war auch hier als sachverständiger Gast geladen und hatte im Anschluss die Gelegenheit, die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten.



V.l.n.r.: Alexandra Titze, Michael Hollmann, Anna Kaminsky, Dieter Dombrowski, Evelyn Zupke, Katrin Budde,
Foto: UOKG 2024

Die UOKG im politischen Raum

Dialogforum politischer Opfer der SBZ/SED-Diktatur

Seitdem das Amt der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag eingerichtet wurde, wird das bereits unter dem/der Ostbeauftragten etablierte Dialogforum politische Opfer der SBZ/SED-Diktatur durch die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke fortgeführt.

Auch im Jahr 2024 wurde dieses Forum unter Beteiligung von einschlägigen Ministerien, der Vizepräsidentin des Bundesarchivs, der Stiftung Aufarbeitung und der sechs Landesbeauftragten durchgeführt.

Bei dem Arbeitsgespräch geht es nicht nur um Informationsaustausch. Es werden auch praktische Schwerpunkte gesetzt, welche im Jahr 2024 auf der Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, der Überarbeitung des Gedenkstättenkonzepts und der Haftzwangsarbeit lagen.



Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke lädt zum Dialogforum. Foto: UOKG 2024

Die UOKG im politischen Raum

Gespräche im Deutschen Bundestag

Zur Durchsetzung unserer Forderungen im Sinne der SED-Opfer und zum Informationsaustausch führt die UOKG regelmäßige Gespräche im Deutschen Bundestag.

Es gab Treffen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, darunter Heike Brehmer, Katrin Budde, Philipp Hartewig, Helge Limburg, Dr. Christiane Schenderlein, Marco Wanderwitz, Annette Widmann-Mauz, Maximilian Mörseburg, Carsten Müller, Carsten Schneider und Dr. Günter Krings.

Im Fokus standen dabei Themen wie die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, das Mahnmal für die Opfer des Kommunismus, die Rentenproblematik und Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft.



V.l.n.r.: Annette Widmann-Mauz, Marco Wanderwitz, Dieter Dombrowski, Dr. Christiane Schenderlein, Maximilian Mörseburg. Foto: UOKG 2024

Die UOKG im politischen Raum

Beiräte

Die UOKG ist in vielen Beiräten vertreten. Dazu gehören:

die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen,

die Gedenkstätte Berliner Mauer,

das Bundearchiv,

das Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktatur,

die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau,

der Lernort Keibelstraße,

der Forschungsverbund Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht,

Forschung TESTIMONY und

die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge.

Weitere Gespräche und Gesprächsrunden

Zu nennen sind hier die Verbänderunden der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, an denen die UOKG regelmäßig teilnimmt.

Weiterhin wurde ein Gespräch in der Sächsischen Staatskanzlei in Dresden mit dem Referatsleiter Michael Heidrich und dem Referenten Henry Krause zur Haftzwangsarbeit des VEB Pentacon Dresden in Cottbus geführt.

Mit der Deutschen Härtefallstiftung, dem Regierungsdirektor Philip Kraft tauschte die UOKG sich im Hinblick auf die Bausoldaten in der DDR aus.

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Neben der juristischen und psychosozialen Beratung Betroffener von Haft und Verfolgung in SBZ und SED-Diktatur ist die wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit der UOKG ein wichtiger Bestandteil. Sie dient der umfassenden Aufarbeitung erlittener Unrechts in der breiten Öffentlichkeit einerseits und andererseits der besseren Vermittlung der Opferbelange im politischen Raum wie auch gegenüber den gesetzgebenden Instanzen von Bund und Ländern.

So besteht die Hauptaufgabe darin, den wissenschaftlichen Diskurs um SBZ und DDR stets durch die Opferperspektive zu ergänzen. Es werden wissenschaftliche Projekte an Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen initiiert und beratend begleitet. Es gilt, die Fragestellungen von Opfer-Beratungsstellen gegenüber Behörden und gerichtlichen Instanzen mit fundierten Hintergrundwissen zu beantworten. Darüber hinaus kommen immer wieder Medienvertreter, Doktoranden, Studenten und Schüler, aber auch Privatpersonen auf der Suche nach Unterstützung auf uns zu.

Die UOKG beriet 2024 das vom Bundesministerium des Innern finanzierte interdisziplinäre Forschungsteam zum Thema „Zwangsadoptionen in der DDR/SBZ in der Zeit von 1945 bis 1989“. Unter dem Dach des Deutschen Instituts für Heimerziehungsforschung (DIH) arbeiten Sozialethiker, Erziehungswissenschaftler, Juristen, Psychologen und Medizinhistoriker unterschiedlicher Universitäten und Institute. Die UOKG konnte durch die Vermittlung zahlreicher Kontakte zu möglichen Betroffenen unterstützend tätig sein.

Hinsichtlich der Lieferkette des VEB Kombinat Pentacon, der im Rahmen des innerdeutschen Handels Kameras in die Bundesrepublik exportierte, die dann in die Verkaufsregale von Quelle, Karstadt und Fotoporst bzw. über den Otto-Versand direkt die Haushalte der bundesdeutschen Konsumenten gelangten, soll im Rahmen einer Aktenrecherche im Sächsischen Staatsarchiv in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden der Nachweis der Lieferkette erfolgen.

Im Dezember 2024 wurde dazu ein Antrag bei der Sächsischen Staatskanzlei eingereicht, der in Zusammenarbeit von Dr. Christian Sachse, Sandra Czech und Peter Keup verfasst wurde, um das Recherchevorhaben 2025 umzusetzen.

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Fachinformationen für die Öffentlichkeit

Wie in den Jahren zuvor wurden auch 2024 diverse Interviews mit Journalisten und Journalistinnen aus Funk und Fernsehen durchgeführt, die die gesamte Palette der UOKG-Themenfelder zum Inhalt hatten.

So fand die Ankündigung des IKEA-Konzerns, 6 Mio. Euro für Betroffene von Haftzwangsarbeit in den Strafvollzugseinrichtungen der DDR in den Härtefallfonds zu zahlen, ein überwältigendes nationales und internationales Medieninteresse. Sogleich nach Bekanntwerden der Nachricht trafen unzählige Interviewanfragen bei der UOKG ein. Nachfolgend ist eine kleine Auswahl der Berichterstatte aufgelistet.

Presse National am 30. 10. 2024:

Der Spiegel, Die Welt, Rheinische Post, Süddeutsche Zeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Neue Rheinzeitung, Abendzeitung München, Westfälische Rundschau, Thüringer Allgemeine, Hessische Allgemeine, Kölnische Rundschau, Leipziger Volkszeitung, Mitteldeutsche Zeitung, Sächsische Zeitung, B.Z.

Presse International am 30. 10. 2024:

Sweden Herald (Schweden), El Correo (Spanien), Svenska Dagbladet (Schweden), Göteborgs-Posten (Schweden), The European Circle, Epoch Times, Stratégies (Frankreich)

Radiointerviews:

World News (USA), CNN (USA), BBC (Großbritannien), Deutschlandfunk

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Präsentation der Forschungsergebnisse der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“

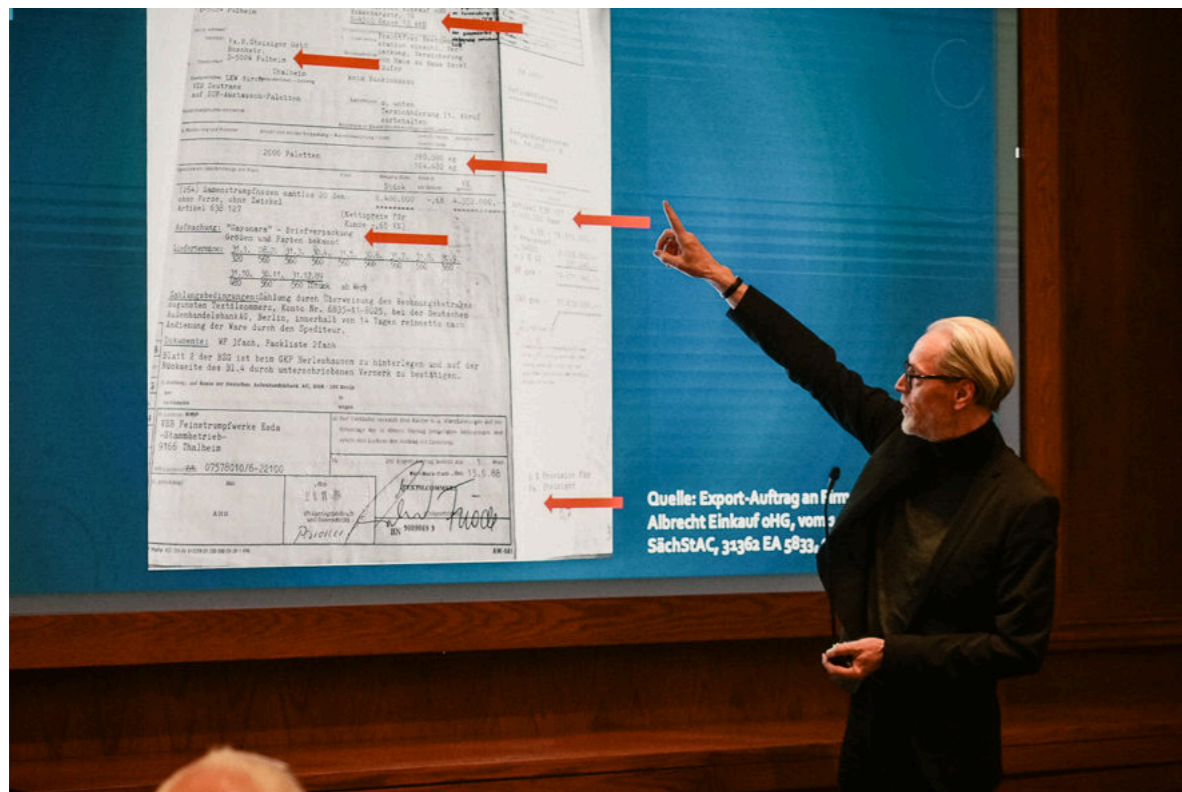
Am 22. April 2024 wurden die Forschungsergebnisse der Vorstudie „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“ im gut gefüllten Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin vorgestellt.

Das Forschungsprojekt war von der UOKG initiiert worden und wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Jörg Baberowski, Lehrstuhlinhaber für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt Universität zu Berlin, realisiert. Die Autoren der Studie sind Dr. Markus Mirschel und Samuel Kunze.

Die Vorstudie umfasste zwei Teilprojekte. Im ersten Teilprojekt sollten die Möglichkeiten der Rekonstruktion von vollständigen Lieferketten für DDR-Exportprodukte, die mit Haftzwangsarbeit hergestellt wurden, eruiert werden. Im zweiten Teilprojekt wurden die gesundheitlichen Folgeschäden für die Häftlinge aufgrund pathogener Arbeitsbedingungen in den Blick genommen.

Durch eine intensive Aufklärung der Arbeitsbedingungen u. a. im Hinblick auf verwendete Gefahrenstoffe soll für die Betroffenen von SED-Unrecht eine Verbesserung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von Haftzwangsarbeit erreicht werden.

Die Vorstudie, so Prof. Dr. Baberowski in seiner Begrüßungsrede, „bereitet überhaupt erst den Grund, auf dem sich eine künftige Geschichte der Zwangsarbeit in den Gefängnissen der DDR wird entfalten können. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass es dafür auch noch eine finanzielle



Peter Keup, wissenschaftlicher Mitarbeiter der UOKG, Foto: UOKG 2024



Am Rednerpult: Dr. Markus Mirschel, Foto: UOKG 2024

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Präsentation der Forschungsergebnisse der Vorstudie

Unterstützung geben wird, ohne die sich dieses wichtige Projekt nicht zu Ende führen lässt.“

Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke bezeichnete die Vorstudie in ihrem Grußwort als „einen Schritt, der uns wichtige Erkenntnisse bietet, aber gleichzeitig aufzeigt, wieviel mehr noch zu leisten ist, um die Haftzwangsarbeit und ihre Folgen in Gänze zu verstehen.“

Für das erste Teilprojekt weist der Abschlussbericht in vier Beispielen die Lieferketten ausgehend von den Strafvollzugseinrichtungen der ehemaligen DDR bis in westdeutsche Handelsketten und Versandkataloge nach. Dr. Markus Mirschel, zuständig für den Lieferketten-Komplex, führte aus, dass der Nachweis vollständiger Lieferketten von der Werkhalle des Produzenten bis hin zum Abnehmer im Westen zwar aufwändig, in einer großen Zahl von Fällen aber möglich ist.

Er verdeutlichte dies bei der Präsentation am konkreten Beispiel des Exportschlagers der Damenfeinstrumpfhosen des ehemaligen VEB Strumpfkombinat Esda Thalheim anhand der Produktion in der ehemaligen Strafvollzugseinrichtung Hoheneck bis hin zum Endverkäufer Aldi Nord.

Die Rekonstruktion von Lieferketten ist schwierig, aber notwendig, weil u. a. das am damaligen innerdeutschen Handel beteiligte Unternehmen Otto Versand (heute Otto Group) immer wieder öffentlich bezweifelt, dass sein Unternehmen Produkte aus Haftzwangsarbeit vertrieben hat.



SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke, Foto: UOKG 2024

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Präsentation der Forschungsergebnisse der Vorstudie

In diesem Zusammenhang formulierte Dr. Thomas Lindner als Vertreter der BKM in seinem Grußwort äußerst passend die Vermutung: „dass die enge Verbindung zwischen dem Repressionsapparat der DDR und teilweise weltweit operierenden Unternehmen in ganz Deutschland in einer manchem nicht unwillkommenen rechtlichen, wirtschaftlichen und moralischen Grauzone stattfand, die einer raschen Durchdringung vielfältige Hindernisse bietet.“

Samuel Kunze, verantwortlich für das Teilprojekt „Chronische Gesundheitsschäden durch DDR-Zwangsarbeit“, untersuchte mögliche Gesundheitsschäden von Haftzwangsarbeit für folgende vier Betriebe: VEB Chemiekombinat Bitterfeld, VEB Metallwaren Naumburg, VEB Sprelawerke Spremberg und VEB Strumpfkombinat Esda Thalheim. Bei der Präsentation stellte er sehr eindrücklich die langfristigen Wirkungen von giftigen Chemikalien wie Chromoxid und Quecksilber im Vergleich mit internationalen Studien vor.

Auch für diesen Bereich gilt, dass die Vorstudie Grundlagen legte, auf die im Rahmen einer Hauptstudie aufgebaut werden könne. Mit derartigen Detailuntersuchungen können in Zukunft aufwändige Gutachter-Prozesse überflüssig werden und somit die Betroffenen von den massiven psychischen Belastungen während eines langjährigen Anerkennungsverfahrens befreit werden.

Der Abschlussbericht zur Vorstudie kann auf der Webseite der UOKG [www.uokg.de/gegenzwangsarbeit] heruntergeladen werden.



Präsentation von Produkten aus Haft-Zwangsarbeit und Versandhandelskataloge, Foto: UOKG 2024

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Vortrag an der Technischen Universität Cottbus

Vertreten war die UOKG 2024 auch bei Lehrveranstaltungen. So wurde im Wintersemester 2023/24 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus der Lausitzer Strukturwandel aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Der Vortrags- und Diskussionsabend am 14. Februar 2024 thematisierte die historischen Prozesse des Strukturbruchs 1889/90.

Unser wissenschaftlicher Mitarbeiter Peter Keup hielt einen Vortrag zum Thema „Deutschland, einig Vaterland...!? - Zum Widerspruch zwischen Traum und Wirklichkeit“. In seinem Vortrag ging er der Frage nach, warum im Osten unseres Landes mehr und mehr eine Rückbesinnung auf das „Gute in der ehemaligen DDR“ stattfindet. Wird hier vergessen, dass der Preis für die Errungenschaften des Sozialismus Unfreiheit, Repression und der Entzug elementarer Grundrechte war?

Die mit dem Systemwechsel in der DDR einhergehende Euphorie vor dem Hintergrund nie dagewesener und neugewonnener Freiheiten schlug bei vielen Bürgern in Ernüchterung und Enttäuschung infolge des harten Aufschlagers auf den Boden der kapitalistischen Realität um. Den Verlust sozialer Sicherheit setzten sie häufig mit Missachtung ihrer bisherigen Lebensleistung gleich.

Negative Transformationserfahrungen wurden innerfamiliär tradiert und könnten Grund dafür sein, dass sich laut einer 2023 durchgeführten Umfrage ein großer Teil der Ost-Deutschen als Menschen zweiter Klasse fühlen.



Hörsaal der Technischen Universität Cottbus, Foto: Wikipedia, Sane, unter CC 3.0

Wissenschaftlich-konzeptionelle Arbeit

Lehrerfortbildung in Stavanger (Norwegen)

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der UOKG Peter Keup besuchte Stavanger in Norwegen, um dort mit norwegischen und dänischen Lehrkräften zur deutsch-deutschen Geschichte zu arbeiten.

Die Pädagoginnen und Pädagogen sind an Deutschen Auslandsschulen sowie an Schulen mit Deutsch als Fremdsprache tätig und schätzen bei Herrn Keup die Kombination aus wissenschaftlicher Expertise des Historikers und persönlicher Repressionserfahrung als politischer Häftling. Da das Interesse skandinavischer Jugendlicher an deutscher Diktaturgeschichte sehr groß ist, die Organisation von Studienfahrten nach Deutschland aber immer schwieriger umzusetzen ist, rücken digitale Angebote zunehmend in den Fokus. So kann mit der kürzlich fertiggestellten Website zum Thema „Zwangsarbeit im politischen Strafvollzug der DDR“ ein wichtiger Aspekt des Repressionssystems der SED-Diktatur aufgegriffen werden. Zusätzlich erhalten Lehrerinnen und Lehrer in Form des didaktischen Materials der Seite das Rüstzeug zur Gestaltung interessanter Unterrichtsstunden.

Bei seinem Aufenthalt in Stavanger und Bryne vom 5. bis 10. April 2024 stellte Peter Keup die neue Website [www.zwangsarbeit-ddr.de] vor. Damit steht Auslandsschulen neben der Bildungswebsite des UOKG-Mitglieds Menschenrechtszentrum Cottbus [www.nurfortvonhier.de] und der im Rahmen des Forschungsverbundes „Landschaften der Verfolgung“ entstandenen Website [www.haft-ddr.de] ein weiteres digitales Angebot zur Verfügung.



Stavanger in Norwegen, Foto: Wikipedia, W. Bulach, unter CC 4.0

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

UOKG-Verbandetreffen

Die UOKG hält grundsätzlich zweimal jährlich Verbandetreffen ab. Die Treffen beabsichtigen, Vertreter der UOKG-Mitgliedsvereine über aktuelle Forschungsergebnisse, Publikationen und Ausstellungen auf dem Gebiet der Aufarbeitung des SED-Unrechts zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu schaffen, über eigene Arbeitsergebnisse und Vorhaben zu berichten und Anregungen für die künftige Vereinsarbeit zu geben. Darüber hinaus richten sich die Verbandetreffen mit ihrem thematischen Angebot an weitere Interessierte, die sich mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts befassen möchten.

Das erste Verbandetreffen des Jahres 2024 fand am 1. und 2. Juni statt. Petra Morawe, langjährige Referentin bei der Brandenburgischen Landesbeauftragten, stellte ihr Projekt „Trauma-Fachberatungen“ vor. Aufgrund ihrer Erfahrung in dem Bereich weiss Frau Morawe, wie wichtig es ist, den Betroffenen auch niedrigschwellige Angebote zu unterbreiten, bei denen sie sich nicht unter Druck gesetzt fühlen.

Alesch Mühlbauer stellte als zuständiger Projektleiter das „Webportal DDR-Zwangsarbeit“ vor, welches er im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinert!“ erarbeitet hat.

Am Sonntag, 2. Juni 2024 trafen sich die Teilnehmer im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer wieder. Die Stadtführerin Anna Haase erzählte entlang des 1,5 Kilometer langen „Mauerstreifens“ auf sehr unterhaltsame Art viele noch unbekannte Anekdoten über die Teilung der Stadt Berlin.

Beim zweiten Verbandetreffen am 2. und 3. November 2024 wurde der Fokus auf die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gelegt. Die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke nahm sich die Zeit, unsere Mitglieder über den aktuellen Stand im parlamentarischen Prozess zu informieren.

Zusätzlich rief die gute Nachricht, dass IKEA 6 Mio. Euro in den geplanten bundesweiten Härtefallfonds der Bundesregierung einzahlen will, zahlreiche Fragen hervor.

Johannes Beleites, neuer Landesbeauftragter für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, stellte sich mit einem persönlichen Einblick in seinen bisherigen Werdegang vor.

Weiterhin konnten wir die filmischen Dokumentationen von Lucas Hütter, dem Kameramann der UOKG, zur Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck, zum Besuch des Dokumentationszentrums in Schwerin und der Protestaktion vor der Aldi-Hauptzentrale in Essen anschauen.

Die sozialen Medien werden immer wichtiger bei der Nachrichtenverbreitung und der Erreichung neuer Zielgruppen. Daher erhielten unsere Mitglieder eine Einführung vom Bildungsreferenten der UOKG, Sebastian Sachse, im Umgang mit den Sozialen Medien und den neuen Accounts der UOKG auf Instagram [www.instagram.com/uokgev] und LinkedIn [www.linkedin.com/company/uokgev].

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

UOKG-Mitgliederversammlungen

Die UOKG hält gemäß ihrer Satzung zweimal im Jahr eine Mitgliederversammlung ab. Diese finden in der Regel im Anschluss an die UOKG-Verbandetreffen statt.

Juni 2024

Unsere Mitglieder berichteten wieder über ihre zahlreichen Bemühungen, die Erinnerung an das Unrecht wachzuhalten. Immer mehr kommt es auch darauf an, das Wissen in neuen pädagogischen Formen der Jugend und unwissenden Bevölkerungsteilen nahe zu bringen.

Die Lagergemeinschaft Workuta stellte die Verknüpfung zweier Webseiten vor. Janie Frómata Compte stellte den im Mai 2022 gegründeten Verein „PatriaYVida“ aus Dresden vor, dessen Aufnahme mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Der Verein setzt sich in erster Linie für die aus politischen Gründen Inhaftierten in Kuba ein.

Der noch recht junge Verein „Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg – Stasi-Untersuchungshaftanstalt e.V.“, stellte sich im Rahmen einer Mitgliedsaufnahme vor und berichtete über die Entstehung und Ziele des Vereins und veranschaulichte das Gelände und die Gebäude der ehemaligen Stasi-UHA mit zahlreichen alten und neuen Fotoaufnahmen.

November 2024

Die Mitglieder berichteten von ihren Aktivitäten. Der Verein „PatriaYVida“ aus Dresden führt monatlich eine Protestaktion an verschiedenen Orten durch, um über die Lage der politischen Gefangenen in Kuba zu informieren und deren Freilassung zu fordern.

Unser Gedenkstättenbeauftragter und Regionalbeauftragter Norddeutschlands, Michael Schulz, wird in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Schleswig-Holsteins vier Gedenkstellen errichten, um an die an der Grenze erschossenen Menschen zu erinnern.

Der Verein „Gedenkort Neubrandenburger Lindenberg – Stasi-Untersuchungshaftanstalt e.V.“ wurde als neues Mitglied aufgenommen.

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gemeinsames Gedenken

Gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden und Initiativen der UOKG gedenkt die UOKG der Opfer der kommunistischen Diktatur an vielen Orten mit einer Kranzniederlegung.

- Am 27. April 2024 im ehemaligen Lager Fünfeichen durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 3. Mai 2024 im ehemaligen Lager Ketschendorf/Halbe durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 17. Juni 2024 zum Gedenken des Volksaufstandes in Berlin in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 17. Juni 2024 zur Gedenkveranstaltung mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegener in Berlin mit Kranzniederlegung durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 17. Juni 2024 bei der zentralen Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg in Großbeeren durch Roland Lange, Vorstandsmitglied.
- Am 5. Juli 2024 zum Gedenken an die Werwolf-Tragödie in Malchow durch Sybille Krägel, Vorstandsmitglied, und Anne Maltusch.
- Am 11. Juli 2024 bei der Gedenkveranstaltung Hoheneck mit Kranzniederlegung durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski, Konstanze Helber, Vorstandsmitglied und anderen.



Kranzniederlegung am Gedenkstein in Hoheneck, Foto: UOKG 2024

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Gemeinsames Gedenken

- Am 13. August 2024 zum Gedenken der Opfer des Mauerbaus mit Kranzniederlegung an Kapelle der Versöhnung Berlin durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 23. August 2024 zur Gedenkveranstaltung zum Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus in Potsdam durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 30. August und 1. September 2024 im ehemaligen sowjetischen Speziallager Sachsenhausen durch die Teilnahme von Sybille Krägel, Vorstandsmitglied, Theodor Mittrup, Anne Maltusch und Sandra Czech.
- Am 7. September 2024 zur Gedenkveranstaltung Lager Mühlberg am Hochkreuz Neuburxdorf – ein Kranz der UOKG wurde niedergelegt.
- Am 14. September 2024 im ehemaligen Lager Jamlitz durch Anne Maltusch.
- Am 11. Oktober 2024 zur Einweihung der Tafel „Die letzte Adresse“ für den Schiffsbauingenieur Horst Borbe in Oderberg durch Cornelia Kurtz.
- Am 29. Oktober 2024 zur Gedenkveranstaltung von Memorial für die Opfer des stalinistischen Terrors "Rückgabe der Namen" am Steinplatz in Berlin-Charlottenburg durch den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 9. November 2024 bei der Gedenkveranstaltung zum Mauerfall in Berlin durch die Teilnahme des Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski.
- Am 9. November 2024 bei der Gedenkveranstaltung zum Mauerfall in Cottbus durch Cornelia Kurtz.



Kranzniederlegung Sachsenhausen, Foto: UOKG 2024

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Massengrab des NKWD-Lagers in Tost/Oberschlesien 1945

Unser Vorstandsmitglied Sybille Krägel arbeitet unermüdlich die Geschichte des NKWD-Lagers in Tost auf. Seit Jahren organisiert sie die würdigen und kulturell ansprechenden Gedenkfahrten nach Toszek/Polen. Seit 30 Jahren arbeitet sie akribisch an ihrer elektronischen Datenbank, die bis heute 4.560 Personen des ehemaligen NKWD-Lagers mit Namen, Geburtsdatum und ermitteltem Sterbedatum erfasst.

Im NKWD-Lager Tost herrschten unglaublich brutale Zustände, so dass in den wenigen Monaten von Mai bis Dezember 1945 ca. 3.000 der Häftlinge starben und unwürdig in mehreren Massengräbern verscharrt worden sind. Doch wo genau befindet sich dieses Massengrab?

Die erste Gedenkfahrt mit Überlebenden und Angehörigen aus Deutschland fand 1993 statt. Damals hatten die damaligen „Totengräber“ Frau Krägel erklärt, wo sie 1945 die Toten „beerdigt“ hatten. Die Totengräbertruppe bestand meist aus Jugendlichen. Nach diesen Aussagen wurde 1998 in unmittelbarer Nähe zu den möglichen Massengräbern ein würdevoller Gedenkhort eingerichtet. Aber die Ungewissheit blieb.

Im Frühjahr 2024 nahmen die Aktivitäten der UOKG bezüglich des Massengrabes in Toszek Fahrt auf. Treibende Kraft war unser Bundesvorsitzender und unterstützt haben uns hierbei der Bundestagsabgeordnete Knut Abraham und der Deutsche Freundschaftskreis von Tost.

Bereits Ende August konnte Frau Krägel in Begleitung von Herrn Dombrowski, gemeinsam mit dem Deutschen Freundschaftskreis, dem Bürgermeister von



Sybille Krägel und Dieter Dombrowski bei den Sondierungsarbeiten, Foto: UOKG 2024

Aktivitäten der UOKG mit ihren Verbänden

Massengrab des NKWD-Lagers in Tost/Oberschlesien 1945

Toszek, dem deutschen Konsul von Opoln und dem Honorarkonsul von Gleiwitz das Areal betreten. Der Bürgermeister hatte den Kontakt zu einem Mitarbeiter der Firma TERMINAL TOSZEK, seit 2019 Eigentümer des Areals, hergestellt.

Im Verlaufe unserer Bemühungen sind neben den bereits genannten weitere Ansprechpartner über das Projekt „Massengrab Tost“ informiert und dankenswerterweise im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützend tätig geworden: die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Polen, der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Brandenburg sowie die Bundesgeschäftsstelle, das Deutsche Konsulat Opoln, die Bezirksstaatsanwaltschaft Tschenstochau und der Regionalstaatsanwaltschaft in Kattowitz, um nur einige zu nennen.

Vom 11. bis 14. November 2024 führte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) zusammen mit der Firma „geo-Radar NRW“ aus Heek Sondierungen durch, um die tatsächliche Lage der Massengräber zu erkunden.

Mithilfe des Georadars wurden Bodensondierungen an Stellen vorgenommen, die anhand historischer Flurkarten bestimmt worden waren. Leider konnte die genaue Grablage bei den Sondierungen nicht final lokalisiert werden, die Bemühungen der UOKG werden aber im Jahr 2025 fortgeführt.

Auch die Aktion wurde von unserem Kameramann Lucas Hütter filmisch begleitet und auf dem YouTube-Kanal der UOKG veröffentlicht.

[www.youtube.com/@uokgnews].



Das Bodenradar im Einsatz in Toszek, Foto: UOKG 2024

Die Struktur der UOKG

Die UOKG ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und ist überparteilich und parteiunabhängig tätig.

Der Zweck und die Ziele der UOKG werden in der Satzung bestimmt.

So ist Zweck des Vereins als Dachverband die Förderung, Koordinierung und Unterstützung der ihm angeschlossenen demokratischen Opferverbände, die aber ihre Selbstständigkeit behalten.

Natürliche Personen können als Fördermitglieder in der UOKG Mitglied werden.



Das aktuellste Mitglied der UOKG – der Verein PatriaYVida e.V. aus Dresden, Foto: PatriaYVida 2022

Die Struktur der UOKG

Mitgliedsverbände der UOKG

Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen
1945-1950 e. V. Berlin

Aufarbeitungsinitiative
Zwangsaussiedlungen (AIZ) Berlin

Bund der Vertriebenen e. V. Bonn, NRW

Cottbuser Häftlingsgemeinschaft Cottbus

DDR-Museum in Pforzheim
Pforzheim, Baden-Württemberg

Doping-Opfer-Hilfe e. V. Berlin

Durchgangsheim Kindergefängnis Bad
Freienwalde n. e. V.
Fürstenwalde, Brandenburg

Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e. V.
Neustadt (Dosse), Brandenburg

Forum für politisch verfolgte und inhaftierte
Frauen der SBZ/DDR Diktatur e. V. Berlin

Freiheit e. V. – Förderverein Gedenkstätte
Andreasstraße e. V. Erfurt, Thüringen

NEU: Gedenkort Lindenberg e.V.
Neustrelitz, Mecklenburg-Vorpommern

Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges
KGB-Gefängnis Potsdam e. V.
Potsdam, Brandenburg

Initiative verfolgter Schüler und Studenten
Berlin

Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.
Lieberose, Brandenburg

Initiativgruppe Internierungslager
Ketschendorf e. V. Fürstenwalde, Brandenburg

Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.
Mühlberg (Elbe), Brandenburg

Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/
Oberschlesien 1945 Hamburg

Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-
Flüchtlinge e. V. (IEDF)
Mannheim, Baden-Württemberg

Interessengemeinschaft ehemaliger
politischer Brandenburger Häftlinge 1945-
1989 Brandenburg

Interessengemeinschaft
Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e. V.
Berlin

Internationale Gemeinschaft für
Menschenrechte e. V. (IGFM)
Frankfurt am Main

Lagergemeinschaft Workuta/GULag
Sowjetunion e. V. Berlin

Menschenrechtszentrum Cottbus
Cottbus, Brandenburg

OvZ-DDR e. V. Hilfe für Opfer von DDR-
Zwangsadoptionen Berlin

PatriaYVida e. V. Dresden, Sachsen

Pro Universitätskirche e. V. Leipzig, Sachsen

Stiftung DDR-Zwangsarbeit e. V. Berlin

Süddeutscher Freundeskreis
Hoheneckerinnen
Rottenburg, Baden-Württemberg

Verband politisch Verfolgter des
Kommunismus e. V. (VPVDK) Berlin

Verein zur Förderung der Projektwerkstatt
„Lindenstraße 54“ e. V.
Potsdam, Brandenburg

VOK Deutschland e. V. - Vereinigung der
Opfer des Kommunismus Berlin

VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus
e. V. Berlin

Assoziierte

Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU

Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Die Struktur der UOKG

Der Vorstand



Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender
dombrowski@uokg.de



Christoph Fichtmüller
Stellv. Vorsitzender



Karla Ottmann
Stellv. Vorsitzende
ottmann@uokg.de



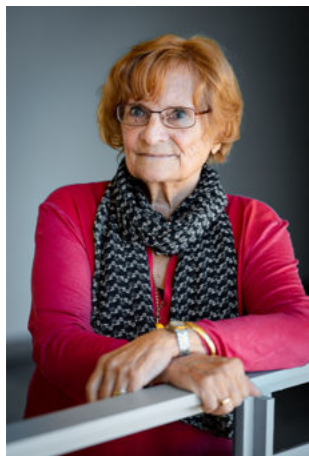
Inge Bennewitz
Beisitzerin
bennewitz@uokg.de



Konstanze Helber
Beisitzerin
helber@uokg.de



Felix Holtschke
Beisitzer



Sybille Krägel
Beisitzerin
kraegel@uokg.de

Die Struktur der UOKG

Die Geschäftsstelle



Sandra Czech
Referentin für
Grundsatzfragen
czech@uokg.de



Peter Keup
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter
keup@uokg.de



Dr. Christian Sachse
Wissenschaftlicher
Berater
cs@christian-sachse.de



Petra Dombrowski
Koordinatorin
Vorstand & Verbände
p.dombrowski@uokg.de



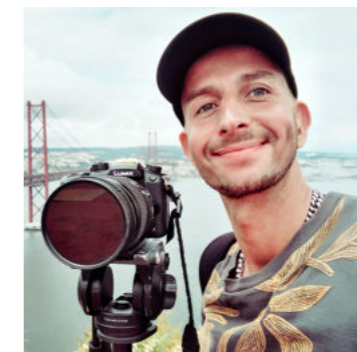
Christina Mennel
Finanzen &
Zuwendungen
mennel@uokg.de



Theodor Mittrup
Finanz- &
Verwaltungsmanager
mittrup@uokg.de



Sebastian Sachse
Bildungsreferent
seb.sachse@uokg.de



Christoph-Lucas Hütter
Kameramann

Die Struktur der UOKG

Die Beratungsstelle



Cornelia Kurtz
Beratung Heimkinder &
Zwangsadoptionen
kurtz@uokg.de



Tanja Germer
Psychosoziale & soziale
Beratung
germer@uokg.de



Martina Kegel
Juristische Beratung
kegel@uokg.de



Anne Maltusch
Psychosoziale Beratung
maltusch@uokg.de



Magdalena Kuhn
Psychosoziale Beratung
In Elternzeit

Die Struktur der UOKG

Die Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de

Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de

Brandenburg: Roland Lange
andreas37@uokg.de

Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de

Nordrhein-Westfalen: Dr. W. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de

Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de

Sachsen: Gerhard Bause
bause@uokg.de

Thüringen & Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Beauftragter für die UOKG-Wanderausstellung:
Alexander W. Bauersfeld
info@uokg.de

Die UOKG im Internet

Die UOKG besitzt seit 2018 einen modernen und regelmäßig und sorgfältig kuratierten Internetauftritt unter [www.uokg.de].

Dort gibt es News und Updates zu relevanten Themen sowie Hinweise auf Veranstaltungen, Videos, Publikationen und Aktionen.

Desweiteren ist die UOKG regelmäßig in den Sozialen Medien präsent. Folgen und abonnieren Sie uns gern – so können auch Sie mithelfen, die Themen der UOKG im Netz sichtbar zu machen.

Hier finden Sie die UOKG in den Sozialen Medien:

YouTube		@uokgnews
facebook		uokgev
Instagram		uokgev
LinkedIn		uokgev
Webseite		www.uokg.de



Die Webseite der UOKG: www.uokg.de

Die Struktur der UOKG

Impressum

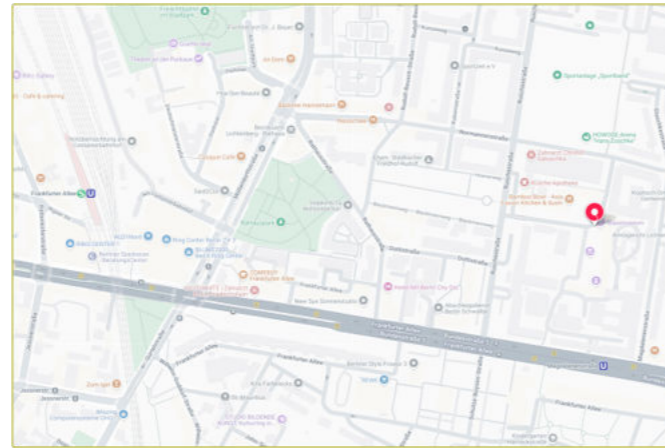
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, Etage 6
10365 Berlin Lichtenberg

Telefon: 030 55 77 93 51

Fax: 030 55 77 93 40

E-Mail: info@uokg.de



Redaktion: Sandra Czech, Peter Keup
Redaktion & Layout: Sebastian Sachse

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Zweck: UOKG e. V.

Fördergeber

Die UOKG wurde 2024 gefördert von:
Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Claudia Roth
Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, Frank Ebert
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Danke!



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



Berliner Beauftragter
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Bundesgeschäftsstelle der UOKG e.V.

Telefon +49 30 55 77 93 51
Fax +49 30 55 77 93 40

Ruschestraße 103, Haus 1
D 10365 Berlin

info@uokg.de
www.uokg.de